

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**18.04.2020 /19.20-19.50 Uhr**  
**19.04.2020 /12.35-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Gefeuerter Kapitän, Rücktritt des Staatssekretärs – Corona-Drama um US-Flugzeugträger
- Corona-Krise – Chance für eine neue Sicherheitspolitik? Interview mit Prof. Michael Brzoska, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- Nukleare Teilhabe – Überholtes Konzept ohne Funktion?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Gefeuerter Kommandant, Rücktritt des Staatssekretärs – Corona-Drama um US-Flugzeugträger
- Corona-Krise – Chance für eine neue Sicherheitspolitik? Hierzu ein Interview. Und:
- Nukleare Teilhabe – Überholtes Konzept ohne Funktion?

Zunächst also zum US-Flugzeugträger „Theodore Roosevelt“. Auch die Streitkräfte haben mit dem Corona-Virus zu kämpfen. An Bord des Kriegsschiffes hat es mehr als 600 Corona-Fälle gegeben. Ein Besatzungsmitglied ist inzwischen gestorben. Der Streit über den richtigen Umgang mit der Pandemie führte schließlich zu personellen Konsequenzen und großer Unruhe in der US-Navy. Einzelheiten von Andreas Dawidzinski:

### Manuskript Andreas Dawidzinski

Bei der US-Marine machte Brett Crozier eine steile militärische Karriere. Er absolvierte 1992 erfolgreich die Marine-Akademie, es folgte die Ausbildung zum Hubschrauber-Piloten, Crozier flog dann F-18-Kampfflugzeuge. Er war auf dem Flugzeugträger „Nimitz“ stationiert, wurde schließlich die Nummer zwei auf dem Träger „Ronald Reagan“ und im vergangenen Jahr bekam er ein eigenes Kommando: Brett Crozier wurde Kommandant des Flugzeugträgers „Theodore Roosevelt“ und war damit der Vorgesetzte von knapp 5.000 Besatzungsmitgliedern. Bis Anfang des Monats. Dann wurde er von Marine-Staatssekretär Thomas Modly abgesetzt:

### O-Ton Modly

„Today at my direction, the commanding officer of the U.S.S. Theodore Roosevelt, Captain Brett Crozier, was relieved of command by a carrier strike group commander Rear Adm. Stuart Baker.“

Er habe das Vertrauen in den Offizier verloren, so Modly, der erst Ende November das Amt als Marine-Staatssekretär übernommen hatte. Der Grund für die Ablösung: Der Umgang mit dem Corona-Virus. Modly warf Captain Crozier Führungsversagen vor. Er habe durch sein Verhalten die Besatzung und ihre Familien unnötig beunruhigt und in Panik versetzt. - Schwere Vorwürfe.

Was war passiert? Der Flugzeugträger operierte im Pazifik - vor allem, um gegenüber dem US-Rivalen China in der Region Präsenz zu zeigen. Im März wurde bei mehreren Besatzungsmitgliedern der „Theodore Roosevelt“ Covid-19 diagnostiziert. Die Zahl der mit dem Corona-Virus infizierten Soldaten stieg im Laufe der Tage weiter. Sie hatten sich offenbar bei einem Landgang im vietnamesischen Hafen Da Nang angesteckt. Captain Crozier hatte bereits zuvor wegen der Corona-Krise Bedenken gegen diesen planmäßigen Besuch geäußert. Von den zuständigen Sanitäts-Stellen der Marine wurden diese allerdings nicht geteilt. Es gebe in Vietnam - das eine gemeinsame Grenze mit China hat - nur einige wenige Corona-Fälle. Zudem seien lediglich der Norden und die Umgebung nahe Hanoi betroffen. Von der Hauptstadt ist Da Nang mehrere hundert Kilometer entfernt. Der Flugzeugträger-Besuch sollte der vietnamesischen Regierung demonstrieren, dass die USA im Streit mit Peking an der Seite Vietnams stehen.

Der Flugzeugträger lief wegen der Corona-Fälle schließlich den US-Stützpunkt Guam an. Acht Soldaten wurden zur Behandlung in das örtliche Marinehospital gebracht. Es kam aber zu immer mehr Corona-Infektionen, ihre Zahl stieg in dieser Woche auf mehr als 600. Aus Sicht des Kommandanten Brett Crozier reagierte die US-Marineführung viel zu langsam und nur unzureichend auf das Corona-Problem an Bord des Kriegsschiffes. Seine Vorgesetzten hatten die Corona-Fälle zunächst weniger dramatisch gesehen. Die Befürchtung war, durch zu weitreichende Gesundheitsmaßnahmen könne die ganze Mission des Trägers gefährdet werden.

Der Kommandant der „Theodore Roosevelt“ schrieb schließlich einen Brandbrief und forderte unverzügliche Hilfsmaßnahmen. Das vierseitige Schreiben an die Führung der US-Navy ging auch an rund 20 andere Marine-Offiziere, die nicht unmittelbar zur Befehlskette gehörten. Wenig später berichtete die Zeitung „San Francisco Chronicle“ über das Schreiben und den Appell des Flugzeugträger-Kommandanten. Die Öffentlichkeit erfuhr, dass die „Theodore Roosevelt“ ein Problem hatte.

In dem Brief wies Captain Crozier daraufhin, dass eine Isolation der Corona-Fälle an Bord schwer möglich sei. Er setzte sich für eine Evakuierung des Schiffes ein. Nur eine Rumpfcrew von etwa 500 Soldaten solle an Bord bleiben, so sein Plan. Es gebe dringenden Handlungsbedarf. Wörtlich heißt es in dem Schreiben – Zitat:

Zitat

„Wir führen keinen Krieg. Besatzungsmitglieder müssen nicht sterben. Wenn wir jetzt nicht handeln, kümmern wir uns nicht richtig um die uns anvertrauten Seeleute.“

Pentagonchef Esper war über den Inhalt des Schreibens offenbar nur oberflächlich informiert. Von Journalisten angesprochen, hielt er zunächst nichts von einer Räumung des Schiffes. Doch wenig später kündigte Marine-Staatssekretär Modly die Evakuierung des Flugzeugträgers an.

Die Entscheidung erfolgte vor allem aufgrund des bekannt gewordenen Brandbriefes und des öffentlichen Drucks. Modly kritisierte zugleich das Schreiben

des Kommandanten – insbesondere, dass der Inhalt einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Brett Crozier habe die übliche Befehlskette missachtet und unnötig Alarm ausgelöst, so der Vorwurf. Nach Rücksprache mit Verteidigungsminister Esper gab der Marine-Staatssekretär schließlich die Ablösung des Flugzeugträger-Kommandanten bekannt. Ein entscheidendes Motiv war dabei, dass er Donald Trump nicht das Gefühl geben wollte, der Präsident müsse eingreifen, weil die Navy-Führung zu einer schnellen Entscheidung unfähig sei. So erzählte es Modly jedenfalls einige Tage später. Der Marine-Staatssekretär ging davon aus, dass Trump unausgesprochen die Absetzung von Captain Crozier forderte. Denn der US-Präsident hatte dessen Vorgehen missbilligt.

#### O-Ton Trump

„He wrote a letter. The letter was a five Page letter from the captain. And the letter was all over the place. That is not appropriate.”

Auf der „Theodore Roosevelt“ sorgte die Ablösung des Kommandanten allerdings für großen Unmut. Als Brett Crozier den Flugzeugträger verließ, jubelte die Crew ihrem geschassten Kommandanten zu. Ins Netz gestellte Videos mit Captain Crozier-Rufen wurden in den sozialen Medien tausendfach angeklickt.

#### O-Ton Crozier-Rufe

Die Besatzung feierte ihren gefeuerten Kommandanten und zeigte damit, was sie von der Entscheidung im fernen Washington hielt. Eine Entscheidung, die zunächst auch US-Präsident Trump für angemessen hielt. Die Sympathie-Bekundungen der Flugzeugträger-Crew ärgerten Modly und veranlassten ihn, sofort nach Guam zu fliegen, um der Besatzung seinen Entschluss zu erläutern. Die Ansprache wurde über Bordlautsprecher übertragen. Der Marine-Staatssekretär bekräftigte seine Vorwürfe und legte noch einmal nach:

#### O-Ton Modly (Voiceover)

„Crozier müsste klar gewesen sein, dass dieser Brief in unserem Informationszeitalter in die Öffentlichkeit kommen würde. Andernfalls wäre er naiv oder zu dumm, um als Offizier so ein Schiff zu führen.“

Modly sprach von einem schweren Vertrauensbruch, von Verrat, auch gegenüber der Besatzung des Flugzeugträgers und warnte diese vor den Medien:

### O-Ton Modly (Voiceover)

„Man darf in keiner Situation an die Medien gehen. Denn die Medien haben eine eigene Agenda, je nachdem auf welcher politischen Seite sie stehen. Das ist leider zurzeit in diesem Land die Situation. Sie nutzen Informationen, um nicht nur die Navy zu diskreditieren, sondern auch euch in Verlegenheit zu bringen.“

Das sah die Besatzung allerdings ganz anders. Die Vorwürfe gegen ihren gefeuerten Kommandanten kamen bei den versammelten Marine-Soldaten nicht gut an.

Die Modly-Ansprache dauerte 15 Minuten. Fragen wurden nicht beantwortet. Der Marine-Staatssekretär war lediglich 30 Minuten auf dem Flugzeugträger. Der Kurztrip von Washington nach Guam kostete rund 250.000 Dollar. Ähnlich wie der Brandbrief des gefeuerten Kommandanten fand auch der Mitschnitt der Modly-Rede schnell den Weg in die Öffentlichkeit.

Für Empörung sorgte insbesondere die Aussage, Captain Crozier sei naiv oder dumm. Dafür musste sich der Marine-Staatssekretär heftige Kritik gefallen lassen - sein Rücktritt wurde gefordert. Selbst Präsident Trump, der noch zuvor das Verhalten des Flugzeugträger-Kommandanten missbilligt hatte, bezeichnete ihn plötzlich als eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Außerdem ließ Trump durchblicken, dass er selbst jetzt den Fall regeln würde:

### O-Ton Trump (Voiceover)

„Der Brief hätte nicht geschickt werden sollen. Aber seine Karriere davor war sehr gut. Ich werde mich daher mit dieser Sache beschäftigen und genau schauen, was da los ist. Denn ich möchte niemanden zerstören, nur weil er einmal einen schlechten Tag gehabt hat.“

Der Marine-Staatssekretär geriet mächtig unter Druck. Er entschuldigte sich schließlich dafür, Captain Crozier als naiv und dumm bezeichnet zu haben. Vergeblich. Die Prostete wurden lauter. Nachdem auch die Sprecherin des Repräsentanten-Hauses, Nancy Pelosi, den Rücktritt von Modly forderte, reichte dieser schließlich seinen Rücktritt ein.

Und Captain Crozier? Ein Test ergab, dass auch er sich mit dem Corona-Virus angesteckt hatte. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Und es ist nicht ausge-

schlossen, dass er wieder auf seinen Posten zurückkehren darf. So ist jedenfalls die Einschätzung seines militärischen Vorgesetzten. Außerdem wird in einer Online-Petition seine Rückkehr auf den Flugzeugträger gefordert. Bis Freitag ist sie von mehr als 400.000 Personen unterzeichnet worden.

\* \* \*

### Flocken

Ein Bericht von Andreas Dawidzinski.

Das Corona-Virus ist offenbar neben dem Klimawandel zu einer Bedrohung der Menschheit geworden. Mehrere tausend Menschen sind der Lungenkrankheit Covid-19 bereits zum Opfer gefallen – und dabei wird es nicht bleiben.

Auf die Pandemie waren die Regierungen weltweit nicht vorbereitet. Stattdessen hat man sich, insbesondere in Ost und West, wechselseitig vor allem auf militärische Bedrohungen konzentriert – deutlich wird das an den immensen Rüstungsausgaben.

Darüber gesprochen habe ich mit Michael Brzoska von Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zunächst habe ich Michael Brzoska gefragt, ob die Pandemie ein Beleg dafür ist, dass die Prioritäten in der Sicherheitspolitik falsch gesetzt worden sind:

### Andreas Flocken / Prof. Michael Brzoska

Brzoska: Ich denke schon, dass man sagen kann, dass man Warnungen insbesondere vor der Pandemie, aber ja auch vor anderen Bedrohungen, die jetzt nicht dem traditionellen Sicherheitsverständnis entsprechen, zu gering geschätzt hat. Wir haben gerade in den letzten Jahren vor allen Dingen die militärischen Bedrohungen im Vordergrund gesehen. Und obwohl natürlich auch immer wieder diese nicht-traditionellen Sicherheitsprobleme benannt worden sind, sind die Vorbereitungen, wie man mit ihnen fertig wird, offensichtlich zu gering finanziert worden. Insofern würde ich tatsächlich auch

sagen: wir haben, was die Prioritätensetzung angeht, in den letzten Jahren in die falschen Prioritäten investiert.

Flocken: Wird denn die Corona-Krise das angespannte Verhältnis zwischen den NATO-Staaten und Russland möglicherweise ändern? Möglicherweise mehr zum Positiven ändern - also mehr Dialog statt Konfrontation?

Brzoska: Momentan, muss ich leider sagen, sehe ich das nicht so. Momentan scheint es mir eher so zu sein, dass sogar neue Konfrontationen entstehen. Denken wir etwa an die Frage der Sanktionen, wo Russland ja ganz massiv drauf drängt, jetzt angesichts der Corona-Krise und der Notwendigkeit, medizinische Güter überall hin zu schiffen, Sanktionen zu lockern oder sogar aufzuheben - sei es Sanktionen gegen Russland, sei es Sanktionen gegen Syrien. Man ist im Moment eher dabei, sich gegenseitig die Schuld zuzuweisen und nicht jetzt zu versuchen, diese Krise für mehr Dialog und Zusammenarbeit zu nutzen. Sie sehen es ja insbesondere auch daran, wer jetzt alles schuld sein soll an dieser Krise und wer zu spät gehandelt haben soll. Aber ich glaube, mittelfristig, wenn diese aktuelle Situation sich etwas konsolidiert hat und man besser darüber nachdenken kann, was denn alles schiefgelaufen ist, dass man dann schon Möglichkeiten sehen wird, auch gemeinsam zu handeln. Zum Beispiel, dass man Dinge wie die Vorbereitung auf solche Pandemien nicht national und jeder für sich macht, sondern vielleicht etwas besser koordiniert, indem man zum Beispiel internationale Organisationen stärkt oder indem man gemeinsam auch Vorbereitungen im Bereich des Katastrophenschutzes für Pandemien vornimmt.

Flocken: Die Regierung hat für das Wohl und die Sicherheit ihrer Bürger zu sorgen. Die Corona-Krise zeigt aber doch, dass Regierungen offenbar ganz einseitig auf die militärische Sicherheit gesetzt haben. Sind damit wichtige Aspekte der Sicherheitsfürsorge letztlich außer acht gelassen worden?

Brzoska: Also wir haben ja schon Vorbereitungsaktivitäten auch für Pandemien gehabt - in Deutschland und auch in der Europäischen Union. Es gibt Pandemiepläne, es gibt bestimmte Statistiken und Aufstellungen, was denn

alles zum Beispiel an Intensivbetten vorhanden ist. Allerdings, wie sich jetzt anhand der Corona-Krise zeigt, ist das deutlich zu wenig.

Flocken: Die Ressourcen sind aber begrenzt. Müsste nicht eine Konsequenz sein, weniger Geld beispielsweise für die Rüstung auszugeben und stattdessen mehr Geld für Schutzmaßnahmen gegen Seuchen und Epidemien. Also mehr zu tun für die Gesundheitsvorsorge? Gibt es damit nicht auch Verteilungskämpfe?

Brzoska: Natürlich, und diese Verteilungskämpfe denke ich werden, wenn die Krise einigermaßen im Griff ist, dann auch offen ausbrechen. Und in der Tat ist es so: man kann sagen, Militärausgaben sind insgesamt Ausgaben für Verhinderung, für Vorbeugung, während im medizinischen Bereich oder im Gesundheitssektor, wo natürlich deutlich mehr Geld ausgegeben wird, das meiste Geld nicht zur Prävention, zur Vorbeugung, insbesondere vor solchen allgemeinen, die ganze Gesellschaft, sogar die Welt betreffenden Bedrohungen, ausgegeben wird, sondern für individuelle Prävention. Man muss also die Präventionsausgaben neu tarieren. Also es geht nicht nur um Pandemien - das ist ja nur eine der großen Bedrohungen. Wir haben eingangs ja schon den Klimawandel genannt. Man kann auch noch andere Katastrophen benennen. Denken Sie etwa an den Ausfall des Stromsystems oder andere die Infrastruktur betreffende Bedrohungen. Also man muss insgesamt eine Neujustierung der Präventionsausgaben vornehmen. Ich glaube, das wird jetzt zu erheblichen Diskussionen in den nächsten Monaten und Jahren führen.

Flocken: Die Bekämpfung der Pandemie ist keine Kernaufgabe der Streitkräfte. Allerdings gibt es Stimmen, zum Beispiel aus der Bundeswehr, die sagen, die Streitkräfte müssten hier viel besser aufgestellt sein - auch zur Unterstützung der Zivilgesellschaft. Droht da möglicherweise nicht eine Instrumentalisierung der Corona-Krise durch die Streitkräfte? Zum Beispiel, wenn es in einem Papier der Bundeswehr-Denkfabrik GIDS heißt, mit dem Aussetzen der Wehrpflicht verfügt die Bundeswehr über eine nur noch sehr geringe strategische Personaltiefe. Indirekt ist das doch ein Plädoyer für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines verpflichtenden Dienstjahres, weil es ja zu wenig

Soldaten gibt, die unmittelbar helfen können?

Brzoska: Es ist schon so - und wir haben das ja auch schon bei Frau von der Leyen gesehen und auch wieder bei Frau Kramp-Karrenbauer - dass, wenn es immer irgendwo eine Krise oder eine Bedrohung gibt, dass dann gesagt wird, die Bundeswehr könnte doch da mitmachen. Ich bin der Meinung, die Bundeswehr sollte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Und das ist die Vorbereitung und die Abwehr und die Verhinderung, dass es zu militärischen Bedrohungen kommt. Diese Idee, dass man jetzt eine große Anzahl von Soldatinnen und Soldaten vorhält, um in allen möglichen Situationen dann einspringen zu können, die halte ich für nicht besonders zielführend. Denn wir brauchen - das sehen wir jetzt auch wieder an dieser aktuellen Krise – Spezialisten und Fachleute. Wir brauchen natürlich im medizinischen Bereich Leute, die dort eine Ausbildung haben. Auch im pflegerischen Bereich nützt es ja nichts, 18-, 19-, 20-Jährige dann da hinschicken, die nicht wissen, was sie wirklich tun sollen. Also es ist schon wichtiger, dass wir Spezialisten haben, dass wir uns in der Vorbereitung auf zum Beispiel Pandemien dann Reserven schaffen. Insbesondere im Bereich des Personals, aber auch mit Blick auf Schutzkleidung und Intensivbetten. Es ist wichtig, dass wir spezialisiert sind. Das kann natürlich auch zum Teil in der Bundeswehr sein. Die Bundeswehr hat ja auch einen relativ großen Sanitätsbereich in Bundeswehrkrankenhäusern. Aber das sollte nicht vorrangig dort sein. Das sollte vorrangig dort sein, wo Leute das als Hauptaufgabe haben und nicht nebenbei irgendwann mal, wenn sie nicht gerade für ihre militärischen Aufgaben benötigt werden.

Flocken: Von Seiten der Bundeswehr ist zu hören, die Corona-Pandemie habe die Defizite und die begrenzten Mittel der Bundeswehr deutlich sichtbar gemacht. Da kann man den Eindruck haben, dass die Corona-Krise auch dazu genutzt wird, zusätzliche Ausgaben für die Streitkräfte zu legitimieren. Hat die Corona-Krise gezeigt, dass die Bundeswehr mehr Geld braucht?

Brzoska: Nein, aus meiner Sicht nicht. Im Gegenteil, ich glaube, dass die Corona-Krise gezeigt hat, dass wir uns neu überlegen müssen, welche Art von Schutzvorkehrungen und wie viel Geld wir brauchen, sei es gegenüber

militärischen Bedrohungen, sei es gegenüber Gesundheitsbedrohungen, sei es gegenüber Folgen des Klimawandels. Die Bundeswehr kann nicht für sich beanspruchen, dass sie im besonderen Maße geeignet wäre, jetzt gegen die Corona-Krise vorzugehen. Und die Debatte hat gezeigt, wo die Defizite liegen. Ich glaube, die haben wir vor allem jetzt im Bereich der Versorgung mit medizinischem Gerät sehen können. In der Versorgung mit Schutzkleidung und zum Teil eben auch beim Personal, insbesondere in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Also da muss mehr investiert werden. Es ist verständlich und nachvollziehbar für mich, dass auch aus Kreisen der Bundeswehr und der Verteidigungspolitik gesagt wird, wir müssen da mehr tun. Aber ich glaube, dass dieses Argument nicht besonders überzeugend ist.

Flocken: Es gibt nun auch Stimmen, die sagen, die Corona-Krise stärke autoritäre Regime. Und dadurch sei die militärische Sicherheitsvorsorge erst recht notwendig, weil dadurch die militärischen Bedrohungen zunehmen könnten. Wie sehen Sie das?

Brzoska: Ja, das Argument ist nicht von der Hand zu weisen. Es ist tatsächlich so, das kann man nicht nur aktuell sehen, wenn man sich einige Länder anguckt, durchaus auch in der Europäischen Union, wie Ungarn. Aber auch darüber hinaus, z.B. in Nordkorea oder Russland. Es ist so, dass in der Tat die Regierenden solche Krisen benutzen, die Opposition auszuschalten oder zumindest mundtot zu machen, um ihre Herrschaft zu festigen. Das kann natürlich auch damit verbunden sein, dass man auch nach außen stärker auftritt, und dass das bis hin zu militärischen Abenteuern genutzt wird. Aber ich denke, wir haben auch eine Gegentendenz. In vielen Teilen der Welt wird sich vermutlich in Zukunft die Erkenntnis stärker ausbreiten, dass man diese Art von Krisen nur gemeinsam begegnen kann; und dass es falsch ist, jetzt zu versuchen, es allein von Land zu Land zu machen, weil das Virus ja auch Grenzen überwindet. Insofern ist es schwer zu prognostizieren, welche Tendenz am Ende die Oberhand gewinnen wird. Ob es zu einem Mehr an Aktivitäten, offensiven Aktivitäten durch autoritäre Regime kommt oder ob es eher Kooperation und Zusammenarbeit geben wird. Das wird auch möglicherweise von Region und von Land zu Land sehr unterschiedlich sein.

Daraus jetzt einen Allgemeintrend ableiten zu wollen, dass man in Zukunft mehr militärische Abenteuer erwarten muss - das ist, glaube ich, momentan nicht gerechtfertigt.

Flocken: Es gab ja schon öfter nach Naturkatastrophen die Erwartung, dass sich dadurch, also nach einer Naturkatastrophe, die Kooperation zwischen Ländern verstärken könnte - etwa nach dem Tsunami 2004 beispielsweise in Indonesien. Aber es gibt auch Regionen, wo die Konflikte nach Naturkatastrophen eher noch verschärft worden sind, Sri Lanka war so ein Beispiel. Wovon hängt es eigentlich ab, ob durch Naturkatastrophen Konflikte entschärft oder verschärft werden? Kann man das sagen?

Brzoska: Man kann das schon allgemein sagen, wobei es natürlich, wie Sie zu Recht sagen, Einzelfälle in beide Richtungen gibt - also in Richtung mehr Kooperation und in Richtung mehr Konflikt. Wir sehen es auch aktuell etwa im Fall Jemen. Dort sieht es eher aus, als wenn sich möglicherweise die Situation etwas verbessern könnte. In Libyen erleben wir das Gegenteil. Dort scheinen im Moment die Kämpfe wieder stärker zu werden. Es liegt häufig daran, wie stark sich die Konflikte schon in Richtung auf Konflikt oder Kooperation entwickelt haben. Man kann sagen: Katastrophen wie z.B. auch eine Pandemie sind Beschleuniger schon laufender Prozesse. Sie zeigen dann auf, wenn es zum Beispiel in Richtung Kooperation geht, dass es vielleicht besser wäre, zusammenzuarbeiten. Das gilt auch für die Kriegsgebiete, über die wir aktuell sprechen. Die Akteure können dann sehen, dass man ausländische, internationale Hilfe eher bekommt als wenn man jetzt die Kämpfe intensiviert und es dann für ausländische Helfer schwerer wird, dort hin zu kommen. Andererseits, wenn sowieso schon Konflikte sich intensivieren, dann kann das dazu führen, dass staatliche Autorität noch weiter zusammenbricht. Dann können die Rebellen oder wer auch immer Krieg führt sagen: es ist besser, auf dem Schlachtfeld zu sterben, als zu Hause im Bett durch diese Corona-Krankheit. Also insofern ist die Konfliktodynamik ganz wichtig. Und es geht um die Grundlage, die insgesamt das Konfliktgeschehen sehr stark bestimmt hat. Es geht um die Frage, ob es ethnische Konflikte gibt, ob es soziale Konflikte gibt. Es hängt auch davon ab, ob es staatliche Strukturen gibt oder andere Strukturen der Konfliktlösung. Also inso-

fern sind diese Art von Katastrophen wie diese Pandemie jetzt ein zusätzlicher Faktor, der das beschleunigt, was sowieso schon an Dynamik in vielen Konflikten da ist. Aber in der Regel führt die Pandemie oder Naturkatastrophe jetzt nicht zu neuen Konflikten. Sie führt aber auch nicht dazu, dass jetzt, wie man leider immer wieder feststellen kann, die Bereitschaft zunimmt, über den Konflikt neu zu verhandeln und möglicherweise Konflikte zu lösen

\* \* \*

### Flocken

Michael Brzoska vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Das Tornado-Kampfflugzeug der Bundeswehr soll notfalls in Deutschland gelagerte US-Atombomben gegen einen möglichen Gegner einsetzen und ins Ziel bringen. Dieses Konzept heißt nukleare Teilhabe. Der mehr als 40 Jahre alte Tornado hat inzwischen das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht - und eigentlich wollte das Verteidigungsministerium im vergangenen Monat bekanntgeben, welches Flugzeug seine Nachfolge als Atomwaffenträger antreten soll. Aber erneut wurde die Entscheidung verschoben. Das hat möglicherweise nicht nur mit der Corona-Krise zu tun. Denn es gibt immer größere Zweifel, ob das Konzept der nuklearen Teilhabe heute vor dem Hintergrund von neuen Waffentechnologien militärisch und auch politisch überhaupt noch sinnvoll und zeitgemäß ist. Otfried Nassauer weiß mehr:

### Manuskript Otfried Nassauer

Die Vereinigten Staaten modernisieren ihre atomaren Sprengköpfe. Die sollen sicherer, moderner und militärisch flexibler einsetzbar werden, es soll allerdings nicht unbedingt mehr Gefechtsköpfe geben. Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump wird dafür regelmäßig mehr Geld bereitgestellt. Für 2021 ist erneut eine Steigerung der Ausgaben um 25 Prozent auf dann 15,6 Milliarden Dollar dafür geplant. Die modernisierten Sprengköpfe haben meist eine reduzierte Sprengkraft und eine erheblich größere Zielgenauigkeit. Das eine

ermöglicht das andere. Die modernisierten Waffen enthalten viele neue nicht-nukleare Bauteile, z.B. Sensoren, Zündmechanismen, Kommunikationselektronik oder computerisierte Steuerungen. Sie können flexibler und gezielter eingesetzt werden und verursachen weniger sogenannte Kollateralschäden. Die Waffen sind einfach besser nutzbar.

Kritiker gehen davon aus, dass deshalb die Schwelle für den Einsatz atomarer Waffen sinkt, dieser also wahrscheinlicher und damit die nukleare Abschreckung instabiler wird. Befürworter behaupten dagegen, die nukleare Abschreckung werde durch Waffen, mit denen man glaubwürdig Krieg führen könne, einfach stabiler. Kriegführungsabschreckung sei wirksamer als eine Abschreckung, die nur auf Kriegsverhinderung zielt. Vor allem dann, wenn es mit den modernisierten Atomwaffen ggf. auch die Möglichkeit gebe, begrenzte Nuklearoperationen auf regionalen Kriegsschauplätzen wie in Europa oder auf der koreanischen Halbinsel zu planen, die nicht zwangsnotwendig in einen globalen Atomkrieg münden.

Unter Donald Trump haben Befürworter der Kriegführungsabschreckung wieder Oberwasser bekommen. Kürzlich konnten sie ihren ersten großen Erfolg feiern. Als das Atom-U-Boot „USS Tennessee“ Ende 2019 zu einer weiteren Patrouillenfahrt auslief, stellte das eine Zäsur dar. Das Raketen-U-Boot der Ohio-Klasse trug neben seiner normalen Bewaffnung aus Trident-Langstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen großer Sprengkraft auch ein oder zwei Trident-Raketen mit nur einem neuen Gefechtskopf kleiner Sprengkraft. Dieser W76-2 Sprengkopf wird nur in kleiner Stückzahl gebaut und auf wenigen der 14 U-Boote der Ohio-Klasse eingesetzt. Der Grund dafür ist seine Funktion. Der Sprengkopf soll den USA eine neue Option für den Ersteinsatz nuklearer Waffen eröffnen. Ziel ist die Möglichkeit zu einer begrenzten nuklearen Eskalation, die nicht zwingend zu einem globalen Atomkrieg führt. So wurde die Waffe auch öffentlich begründet. Ulrich Kühn, Wissenschaftler am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, beschreibt das damit verbundene Risiko so:

#### O-Ton Kühn

„Die konkrete Folge der Stationierung von kleineren Atomsprengköpfen auf US-

Atom-U-Booten ist ja letztlich die, dass man hiermit zeigt, dass aus Sicht der Planer im Pentagon ein begrenzter Nuklearkrieg beziehungsweise begrenzte Nuklearschläge auch in Europa möglich sind. Und das ist ein Szenario, das eigentlich die Europäer sehr stark wachrütteln sollte. Kann man überhaupt mitreden, wenn die Amerikaner hier solche Nuklearsprengköpfe einsetzen wollen?“

In der Tat: Für die NATO und deren System der nuklearen Teilhabe und Konsultationen hat diese Entwicklung wahrscheinlich erhebliche Konsequenzen. Denn die Ausgangslage für europäische Wünsche nach Mitspracherechten beim Einsatz atomarer Waffen in Europa verändert sich grundlegend.

Während des Kalten Krieges und im Grundsatz sogar noch bis in das vergangene Jahr hinein, ließen sich europäische Mitsprachewünsche immer mit mindestens einem der folgenden Argumente begründen:

1. Der Einsatz atomarer Waffen erfolgt vom Territorium europäischer Staaten.
2. Die Waffen kommen aus Depots in Europa.
3. Viele nuklearfähige Trägersysteme gehören europäischen Staaten und werden von Soldaten aus Europa betrieben.

Und schließlich liegen viele Ziele nuklearer Waffen auf dem Territorium europäischer Länder.

Künftig ist das anders: die USA können aus internationalen Gewässern von einem US-U-Boot eine US-Rakete mit einem einzigen US-Sprengkopf für einen begrenzten atomaren Ersteinsatz nutzen. Und sie können dabei auch auswählen, ob das Ziel dieses Einsatzes auf dem Territorium Russlands oder eines anderen Landes liegt.

Seit die USA ihren U-Boot-Stützpunkt Holy Loch in Schottland geschlossen haben, werden der NATO auch keine strategischen US-U-Boote mehr unterstellt. Damit ist auch der Anspruch oder der Wunsch der europäischen NATO-Mitglieder nach Konsultation vor einem Nukleareinsatz nicht mehr begründbar. Washington braucht jetzt kein europäisches Mittun mehr, wenn es die Schwelle zu einem auf den europäischen Kriegsschauplatz begrenzten Nuklearwaffeneinsatz überschreiten will. Das ist die Zäsur.

Als die NATO in den späten 1960er Jahren begann, detaillierte Konsultationsmechanismen für den Nuklearwaffeneinsatz einzuführen, entstanden gleich zwei Dokumente. Das eine enthielt generelle Richtlinien für Konsultationen über den Einsatz atomarer Waffen durch das Bündnis. Das andere Dokument zielte auf eine wichtige Einzelfrage, nämlich Beratungen über den *erstmaligen* Einsatz nuklearer Waffen durch die NATO - also für das Überschreiten der nuklearen Schwelle. Dieses Papier stellte die Frage nach dem Primat der Politik, stellte also die politische Kontrolle über militärische Planungen.

Zweifellos war das aus europäischer Sicht die wichtigere Frage, bei der man gerne mitreden oder besser noch mitentscheiden wollte. Wann und in welcher Form soll ein erster Einsatz nuklearer Waffen erfolgen? Die Diskussion über allgemeine Vorgaben für nukleare Einsätze der NATO war dagegen zunächst weniger strittig und wichtig. Sie gewann erst an Bedeutung, als der damalige US-Verteidigungsminister Schlesinger 1975 ein Konzept begrenzter Nuklearwaffeneinsätze gegen militärische Ziele in die Diskussion einbrachte. Harold Brown, sein Nachfolger, bezeichnete es später als Kriegführungsabschreckung. In Europa war die Folge eine vehemente Debatte darüber, ob die USA sich Möglichkeiten zur Abkopplung von nuklearen Krisen in Europa schaffen wollten. Denn es gab Zweifel, ob die USA bei Nuklearschlägen beispielsweise gegen Hamburg oder London mit strategischen Waffen reagieren würden, weil sie damit die Vernichtung New Yorks riskierten.

Nach dem Fall der Mauer wurden die Nuklearwaffenpotenziale in Europa kräftig reduziert. Da sich die NATO eine neue Strategie gab, in der Nuklearwaffen eine primär politische Rolle zugewiesen wurde, verlor auch die Debatte über die nuklearen Konsultationsmechanismen des Bündnisses an Brisanz. Es gab hierzu zwar weiterhin aktualisierte Richtlinien, aber es bestand kein Anlass mehr, über die Form des Primats der Politik über militärisch-operative Planungen weiter intensiv zu streiten.

An der technisch nuklearen Teilhabe wurde jedoch weiter festgehalten - also

der Lagerung und Bereithaltung von Atombomben der USA für den Einsatz durch europäische Trägerflugzeuge. Das heißt aber auch, dass ggf. auf beiden Seiten des Atlantiks eine Entscheidung fallen musste, bevor Nuklearwaffen in Europa eingesetzt werden konnten. Auch Washington schien letztlich Gefallen daran gefunden zu haben, im Falle eines Falles nicht als Alleinverantwortlicher für den ersten Atomwaffeneinsatz nach Nagasaki dazustehen.

Manche Experten waren bereit, die nukleare Teilhabe in Frage zu stellen. So zum Beispiel Harald Müller von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung:

#### O-Ton Müller

„Wir haben einen neuen Kalten Krieg unter veränderten Umständen. Und da ist es schon zu hinterfragen, ob man nicht eine tiefe Debatte innerhalb des Bündnisses auslösen sollte, die das auch infrage stellt und vielleicht auch verändert.“

Das deutsche Interesse am Fortbestand der nuklearen Teilhabe formulierte Karl Heinz Kamp, früher Präsident der Bundessicherheitsakademie 2017, so:

#### O-Ton Kamp

„In der NATO haben wir einen Deal, den wir Teilhabe nennen, d.h. da sind zum einen amerikanische Atomwaffen in Europa stationiert, erstens. Zweitens es gibt eine Information und Konsultation der USA mit ihren nicht-nuklearen Alliierten und es gibt gemeinsame Übungen. Und an diesem System, diesem Dreierschritt, würde ich gerne festhalten wollen.“

So sieht es auch die Bundesregierung. Sie will die Beteiligung an der nuklearen Teilhabe fortsetzen. Das Verteidigungsministerium drängt auf die Beschaffung von 30 Flugzeugen des Typs F-18F, um den Tornado abzulösen. Dieser Flugzeugtyp muss noch für den Einsatz mit nuklearen Bomben zertifiziert werden. Unklar ist, ob die F-18F, anders als der Tornado, alle neuen operativen Möglichkeiten der modernisierten Atombombe B61-12 nutzen könnte - zum Beispiel deren deutlich verbesserte Zielgenauigkeit und die Fähigkeit zum Einsatz gegen verbunkerte Ziele. Die Stationierung dieser Bombe soll in wenigen Jahren beginnen. Die Beschaffung aber ist mit Kosten von mehreren Milliarden Euro verbunden. Der Betrieb wird weitere Milliarden benötigen.

Das Vorhaben wirft zudem eine bislang nicht gestellte Frage auf: Ist es sinnvoll,

künftig Milliarden für neue Flugzeuge auszugeben, wenn die nukleare Teilhabe keine Rückversicherung mehr darstellt, dass die USA einen auf Europa begrenzten Ersteinsatz nuklearer Waffen auch gegen den Willen der Europäer mit nationalen Mitteln durchführen? Vielleicht liegt hier die Ursache dafür, dass der amerikanische NATO-Oberbefehlshaber Wolters sich vor dem Kongress kürzlich als Anhänger eines flexiblen Ersteinsatzes bezeichnete.

Die mit der nuklearen Teilhabe verbundene Erwartung der Europäer, man könne ggf. Einfluss nehmen auf einen Ersteinsatz von US-Atomwaffen, dürfte durch die Modernisierung des Nukleararsenals hinfällig werden. Damit wird der geplante Kauf von nuklearfähigen US-Kampfflugzeugen aber zum Selbstbetrug. Er erfüllt seinen eigentlichen Sinn nicht mehr.

\* \* \*

### Flocken

Ein Bericht von Otfried Nassauer.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.